

Diese Situation hat eine steigende Erbitterung unter dem deutschen Proletariat erzeugt. Es traut weder der Regierung noch der Nationalversammlung, es wendet sich entschieden ab von den Formen des bürgerlichen Parlamentarismus, der kein Verständnis für seine Not und für die gewaltigen Probleme der sozialen Revolution zeigt, es wird immer mehr erschüttert in seinem Vertrauen in die bürgerliche Demokratie, die sich wie ein Gummiband dem revolutionären Tatendrang des Proletariats in den Weg stellt.

Eine wirkliche Arbeiterregierung, eine Regierung, die erfüllt ist vom Geiste des revolutionären Sozialismus, hätte trotz aller Äußerungen und inneren Schwierigkeiten eine derartige Stimmung nicht aufkommen lassen. Aber die bürgerlichen Regierungen haben die Stimmungen der Massen ebenso verkannt wie die revolutionären Erfordernisse der Stunde. Sie vor allem tragen die Verantwortung für die Enttäuschung und Erbitterung, die mehr und mehr in den arbeitenden Massen um sich greift und einen günstigen Nährboden bildet für Bewegungen, die mit ihren phantastischen Vorstellungen weit über die Grenzen des heute Erreichbaren hinausgehen.

Die Not der Stunde erfordert aber gebieterisch, daß diese innere Herrlichkeit, die sowohl den wirtschaftlichen wie den politischen Neuaufbau hemmt, endlich überwunden werden. Die Lasten, die der Friede von Versailles uns auferlegt, die Aufgaben, die die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und des Weltverkehrs eröffnen, die Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse im Interesse des Proletariats — nichts kann vollbracht werden, wenn eine Regierung an der Spitze steht, die von der Mehrheit des Volkes mit Vertrauen und Abneigung betrachtet wird, und wenn ein Parlament, das lediglich zur Ausarbeitung der Verfassung gewählt ist, sich anmaßt, leitend und bestimmend in das Geschick des Volkes einzugreifen, das ihm diese Befugnisse nicht anerkennt und sich politisch immer weiter von ihm entfernt.

In dieser Stunde, die einen neuen Abschnitt der deutschen Revolution einleitet, ist es mehr denn je erforderlich, anzusprechen, das was ist. Die Situation erfordert die Feststellung, daß die Revolution nur gereitet werden kann, wenn sich das deutsche Proletariat zu einer einheitlichen Front zusammenschließt. Dies kann nicht geschehen durch noch so gut gemeinte Einigungsversuche, sondern durch den fortschreitenden Revolutionierungsprozeß selbst, der die Reste bürgerlicher Ideologien in den Arbeitern auslöst und so die gesamte Arbeiterklasse in revolutionären Lager vereinigt. Dann wird auch die Arbeiterklasse stark genug sein, eine Regierung aus ihren Vertrauensmännern zu bilden, die mit unerschütterlicher Konsequenz und unerschütterlichem Willen die Maßnahmen trifft, die für die Umgestaltung des Wirtschaftslebens im sozialistischen Sinne, für die Vervollständigung der sozialistischen Wirtschaft, für die Sicherung der proletarischen Revolution vor der drohenden Konterrevolution erforderlich sind.

Aus dem Wirrwarr und Chaos der Zwischenregierungen muß endlich ein Ausweg gefunden werden. Nur dann kann das arbeitende Volk auch unter den drückenden Bedingungen des Versailleser Gewaltfriedens sein Leben fristen. Nur dann kann es durch sein selbständiges Bestreben im Geiste des revolutionären Sozialismus den Arbeiterklassen der gesamten Länder den Antrieb geben, durch tollkühnigen Kampf gegen die Mächte des Entente-Kapitalismus die Revision des Versailleser Gewaltfriedens zu erzwingen.

Der Kampf gegen den inneren Feind.

„Mit äußerster Energie und Rücksichtslosigkeit.“

Noch fast fünfjähriger Dauer ist durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles der Kriegszustand ein Ende gemacht worden. Gegen den äußeren Feind sind keine Unternehmungen zu führen. Aber der wiedererstandene Militarismus findet wenigstens im Innern einige Beschäftigung. Alle Tage gibt es Verschwörungen zu schaffen, Exekutionen auszuführen, Streiks und ähnliche Bewegungen niederzuwerfen. Nur Zeit bilden Hamburg und Berlin die Hauptknotenpunkte. Vor Hamburg steht angriffsbereit ein großes Heer von Reiterregimenten. Es herrscht in der Stadt zwar vollkommene Ruhe, aber die Weigerung der ersten dort eingezogenen Truppen, gegen die friedliche Bevölkerung vorzugehen, entwarf nicht den Absichten des General von Vothow-Vorbed und so läßt er verkünden, daß die Besetzung Hamburgs durch Reitertruppen keineswegs aufgegeben sei, sondern planmäßig vollzogen werden solle.

Trotzdem darf man nicht glauben, daß durch die Anordnungen auf Hamburg die Reichshauptstadt den Rostke-Strategen aus den Augen gerückt sei. Im Gegenteil. Hier ist alles vorbereitet, um neue Siege, frische Triumphe zu erringen. Am 25. Juni hat Herr Rostke einen Befehl erlassen, worin es heißt:

„Bei Streiks in gemeinnützigen Betrieben, deren Fortführung für die Allgemeinheit lebenswichtig ist, kann mit militärischen Nachmitteln der Betrieb ausreißt erhalten werden. Freiheit zur Arbeit ist überall zu schützen.“

Die militärischen Befehlshaber haben daraus die Berechtigung hergeleitet, auch gegen den Streik der Eisenbahner mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen. Die zweite und dritte Marinebrigade wurden, wie es in einem Befehl ausdrücklich heißt, „mit Niederwerfung der Eisenbahnerbewegung beauftragt“. Sie sollten hierzu baldmöglichst in Berlin einrücken. Die Truppen sollten innerhalb vier Stunden marschbereit stehen. Gegenüber Streikposten wurde den Truppen folgendes anbefohlen:

Streikposten sind zu verhaften. Bei Widerstand ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Arbeitswillige sind unter allen Umständen zu schützen.

Schließlich heißt es noch in diesem Befehl:

Die Truppen sind erneut darauf hinzuweisen, daß mit äußerster Energie und Rücksichtslosigkeit bei allen Veränderungen und Ansammlungen eingeschritten werden muß. Nur so läßt sich vermeiden, daß Mannschaften in einer mit Menschen dicht gesäten Straße überraschend angegriffen und entwischt werden. Besonders wird darauf hingewiesen, daß Schreischüsse nicht abgegeben werden dürfen. Wird Widerstand geleistet und aus der Menge geschossen, so ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.

Nach diesen Rezepten ist anscheinend in Breslau bereits verfahren worden. Die Streikposten der Eisenbahner wurden dort ohne weiteres verhaftet, in die Menge wurde scharf geschossen, weil sie angeblich eine drohende Haltung eingenommen hat. Wenn es in Berlin noch nicht so weit gekommen ist, so lag das weniger an dem Willen der militärischen Befehlshaber, sondern daran, daß der Rostkeerlass eine ganz andere Wirkung erzielt hat, als sie ihr Urheber vorausah.

Dem augenblicklich in Nürnberg tagenden Kongreß der deutschen Gewerkschaften ist von den Verbändepräsidenten eine Resolution vorgelegt worden, die den Streikerlass Rostkes aufs schärfste mißbilligt. Wir empfehlen dem Gewerkschaftskongreß zur weiteren Kenntnisnahme den Ausführungsbeispiel der militärischen Stellen, aus dem wir oben einige Abschnitte wiedergegeben haben.

Die Vorgänge in Breslau.

Der Feldwebel sah sich gezwungen.

Breslau, 20. Juni.

Amlich wird über die Vorgänge am gestrigen Tage u. a. mitgeteilt: Nachmittags sammelte sich in der Gartenstraße eine größere Menschenmenge an. Diese griff trotz anhaltender Warnungen die Postenkette so hart an, daß der Aufsichtsführende Feldwebel sich gezwungen sah, die Menge, in der sich viele Leute in Mänteln und Anorakform befanden, zum Auseinandergehen aufzufordern. Die Aufforderung wurde mit Johlen und Beschimpfungen beantwortet. Nach der siebenten und achten Aufforderung und mehreren Warnungsschüssen wurde Befehl zum Feuern gegeben. Beinahe zum Teil schwer Verwundete blieben auf dem Platze. Später zeigte an einer anderen Stelle ein Matrose die Menge gegen die bewaffnete Macht auf. Da mit einem Durchbrechen der Postenkette gerechnet werden mußte, wurde auch hier scharf geschossen, wobei ein Junge verwundet wurde. Keuchliche Zwischenfälle wiederholten sich. Im Laufe des Abends wurde es dann ruhiger, so daß die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

Der Streik der Eisenbahner.

Breslau, 20. Juni.

Offiziell wird berichtet: Zwecks Beilegung des Breslauer Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag vormittag erneut Verhandlungen der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Das Ergebnis war die Zusage der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes, falls der Reichskommissar bereit wäre, persönlich mit allem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Der Reichskommissar erklärte sich nach nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte der Reichskommissar grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen der Streikleitung statt, als deren Ergebnis im Laufe des Nachmittags an allen Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme des Ruhebetriebes und zur Aufnahme der Arbeit in allen Haupt- und Nebenwerkstätten für Montag früh 8 Uhr ausgegeben wurde.

Der Reichskommissar hat daraufhin davon abgesehen, sich wie ursprünglich geplant, am Montag mittag von der Eisenbahndirektion alle diejenigen Arbeiter nennen zu lassen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert haben.

Ein Jubeltag für die Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung in Weimar hatte, nachdem beschlossen worden war, den Frieden zu unterzeichnen, einen Aufruf an das deutsche Heer erlassen, in welchem dieses aufgefordert wurde, der Regierung auch fernerhin die Treue zu wahren. Dieser Aufruf ist von dem Freiwilligenregiment von Borde telegraphisch wie folgt beantwortet worden:

„An die Nationalversammlung. Wir Männer von Ehre verhalten uns, daß die sogenannten Vertreter des deutschen Volkes, die in feiger Eurch Deutschlands Ehre schamvoll preisgegeben haben, in hochtrabenden Worten sich an das deutsche Heer wenden, daß mit solchen Leuten nie etwas gemein gehabt hat, noch gemein haben wird. Gleich und tiefe Verachtung den Schändern des deutschen Namens!“

Freiwilliges Infanterie-Regiment von Borde (4. pommersches) Nr. 21.“

Wenn die Arbeiter in irgendeiner Stadt wegen wilden, den Anordnungen der Regierung mit einer derartigen Antwort zu begegnen, dann würde Herr Rostke ohne Bedenken seine Kanonen, Tanks und Panzertruppen ausbieten, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Die Offiziere eines Freiwilligenregiments aber — und nur Offiziere können dieses Telegramm abgefaßt haben! — können sich eine derartige hanebüden Beschimpfung der Regierung und der Volkswertreter erlauben, ohne daß sie Gefahr laufen, nach Hause geschickt zu werden. Oder hat Herr Rostke seine starke Hand gegen diese Frondeure schon ausgereckt? Um Antwort wird gebeten.

Noch einer.

General v. Falkenhahn, bei Ausbruch des Weltbrandes deutscher Kriegsminister, später Oberbefehlshaber der 10. Armee im Osten, ist entsprechend seines Besuches zur Disposition gestellt worden. Schlimm genug, daß er darum erst nachsuchen mußte. Herr Falkenhahn hat sich schon im November als erbitterter Feind der Revolution und Übergangstreuer Anhänger der Monarchie bekannt. Die „sozialistische“ Regierung hatte dennoch Verwendung für ihn. Auf das Konto des Herrn Falkenhahn fällt auch die schwere Niederlage von Verdun. Er war der Hauptverantwortliche dieses unglücklichen Angriffs, den mehr als hunderttausend deutsche Soldaten mit ihrem Leben und ihrem Blute bezahlen mußten. Herr Falkenhahn ließ dann auch unter den Soldaten ganz allgemein „Der Schlächter von Verdun“.

H. A. W. beilte sich, mitzutheilen, am zuständigen Stelle sei nichts davon bekannt, daß gegen den General Hoffmann, der im Osten Krieg auf eigene Faust machen wollte, ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet sei. Wie kann man auch annehmen, daß ein General wegen Hochverrats unter Anklage gestellt werden könnte. Hochverräter findet man heutzutage doch nur noch unter den Sozialisten und Unabhängigen.

Eine zweite Folge von Steuervorlagen.

Neben den bereits veröffentlichten Entwürfen sollen noch folgende Steuervorlagen der Nationalversammlung vorgelegt werden: Eine Vermögensteuer, Besitz-, Umsatz-, Reichseinkommensteuer, Reichsteuerngesetz, Versicherungsteuergesetz, eine Abgabenerhebung, Branntwein- und andere Monopolgesetze. In einem Steuerentwurf der „Deutschen Juristen-Zeitung“, in dem die Referenten des Reichsfinanzministeriums Entwürfe eingehend besprochen, will Reichsfinanzminister a. A. Schiffer die Gründe vorlegen, die zur gänzlichen Umgestaltung der Steuergesetzgebung führen. Das Finanzwesen werde im Leben des deutschen Volkes nach der juristischen und nach der wirtschaftlichen Seite für lange Zeit im Vordergrund stehen. Zahlreiche neue Steuerquellen sollen erschlossen, die Art der Erhebung von Grund auf neu geregelt werden. An Stelle der Bundesstaaten werde vielfach das Reich als Steuerträger treten. Neue Organisationen von Reich wegen zu errichten. Der Finanzgebarung des Reiches fehle der Unterbau der einheitlichen Veranlagung und Erhebung, der durch die Reichsaufsicht in ihrer gegenwärtigen Form nur unzulänglich ersetzt werde. Diese Umgestaltung müsse sich auch auf die schon vorhandenen Gesetze erstrecken und sie in das Gesamtfinanzsystem des Reiches einbeziehen.

Wir können uns also auf eine Neuauflage der bisherigen Steuergesetzgebung gefaßt machen. Die Verten Schiffer und Dernburg, die Vertrauensleute des Kapitals, sind ihre Väter, und das besagt alles. Freilich geht es jetzt nicht anders, man muß schon die bestehenden Massen scharfer als früher heranziehen, es soll aber dafür gesorgt werden, daß dem besitzlosen Teil der Bevölkerung soviel wie möglich von den Steuerlasten ausgesetzt wird. Abgabenerhebung, Verbrauchsteuern, Zölle, und Rudersteuer: bekannte und vertraute Namen aus der Zeit der Reichsbesteuerung, sie kehren auch jetzt wieder. Von einer großzügigen Umgestaltung unserer Finanzgebarung nach sozialistischen Grundsätzen ist vorläufig nicht die Spur zu finden. Die Demokratie, als die Partei des Kapitals, mußten, weshalb sie für sich den Posten des Reichsfinanzministers in Anspruch nehmen!

Eisenbahnerversammlung im Zirkus Busch.

Rechtssozialisten gegen das Streikrecht.

Am Sonntag vormittag fand im Zirkus Busch eine Massenversammlung des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahner statt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Der Erste Vorsitzende des Bundes Schuldt, gab, oft von Zwischenrufen unterbrochen, einen Überblick des Ganges der Verhandlungen und appellierte schließlich an das Pflichtgefühl und den Verantwortlichkeitsinn der Eisenbahner. Der nächste Redner, der Eisenbahnersekretär Lange, der Erste Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, wurde niedergeschrien und mußte schließlich auf sein Referat verzichten. Der Abgeordnete Neumann, Rostkeburg der selbst Eisenbahner ist und der rechtssozialistischen Paragrafen fraktion angehört, hatte ebenfalls gegen den Widerstand eines Teiles der Versammlung anzutreten. Den bekannten Kollé. Erich verurteilte der Abgeordnete auf das schärfste. Er habe dem Reichsbeamtenminister persönlich gesagt, er solle, ehe er denartige Schritte unternähme, nicht nur auf die anderen, sondern auf seine eigenen Parteigenossen hören. Aber die Beamten gingen sehr weit auszulassen. Selbst in der rechtssozialistischen Paragrafen fraktion seien Gewerkschaftler Gegner des Streikrechts der Beamten, und der Redner habe mit ihnen in der Praxis sehr energische Debatten durchzuführen gehabt. Unter großem Beifall erklärte der Abgeordnete, daß der Rostke-Erlass für die Eisenbahner niemals zu Recht bestehen könne.

In einer Entschärfung, die einstimmig angenommen wurde, wurde die sofortige Aufhebung des Rostke-Erlasses und ferner u. a. die Zahlung einer Wirtschaftshilfe, sowie die Durchführung des wirtschaftlichen Notgesetzes verlangt. Unvermittelt schloß darauf der Vorsitzende die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Bundesleitung sich sofort ins Ministerium zwecks Weiterführung der Verhandlungen begeben müsse. Die Versammlung sah das als eine Hebertumpehlung an und verlangte scharf die Weiterberatung. Genosse Paul Hoffmann wachte sich gegen die Rechtssozialisten, die Regierung, die bürgerlichen Parteien und gewisse Gewerkschaftsführer, die die Eisenbahner betrogen und im Stich gelassen hätten.

Da es inzwischen schon spät geworden war, gingen die Arbeiter an, den Zirkus für die Nachmittagsveranstaltung fertig zu machen. Es war dem Genossen Hoffmann nicht möglich, weiterzugehen. Die Versammlung ging in größter Unordnung auseinander und viele der Erschienenen fühlten sich von den Führern verlassen und verraten.

Das Gelächern des Eisenbahnerstreiks.

In zahlreichen Versammlungen, die von den Betrieben und Bezirken veranstaltet worden waren, nahmen Arbeiter und Beamte zu dem Beschluß der Funktionäre vom Sonnabend nachmittag Stellung, der die Wiederaufnahme der Arbeit empfahl. Es war entschieden ein Umschlag der Stimmung festzustellen, namentlich durch die Erklärung des Reichsbeamtenministers, daß der Erlass gegen das Streikrecht der Eisenbahner aufgehoben werden solle. Die Redner sprachen die Hoffnung aus, daß die Regierung, um ein späteres Wiederaufleben des Zustandes zu verhindern, die seinerzeit von den Organisationen unterstützten Forderungen auf Bewilligung einer Teuerungszulage von 500 bis 600 M. noch nachträglich anerkennen werde. Es wurde schließlich — mit wenigen Ausnahmen — gegen unerhebliche Widerheiten beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nach der Unterzeichnung.

Eine Volkshaft Wilsons.

Washington, 28. Juni. (Reuter.)

In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages geschickten Volkshaft dringt Präsident Wilson auf Annahme des Friedens- und Selbstvertrages ohne Veränderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Merkmal einer neuen Ordnung der Dinge, das Grund für eine feste Genugtuung und allgemeine Beruhigung diene.

Der Oberste Wirtschaftsrat besteht weiter.

Paris, 28. Juni. (Reuter.)

Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der Oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, um die Organisationen aufrecht zu erhalten und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Miltizen zu dienen.

Generalversammlung der Wahlvereine Groß-Berlins.

In den Germania-Sälen fand am gestrigen Sonntag die Verbandsgeneralversammlung der Groß-Berliner Wahlvereine statt. Genosse Brühl als Vorsitzender des Vorstandes tritt auf den Sonntagstreif 1918 zurück, der große Opfer durch Singhungen und Schupfasterhängungen geleistet habe. Er gebührt mit warmen Worten der vielen Toten des Krieges und der Revolution, zu deren Andenken sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Ebenso wurde der vielen Schupfasterhängungen gedacht und die Hoffnung auf ihre baldige Befreiung ausgesprochen.

Genosse Brühl führte dann weiter aus: Wir dürfen nicht in die alten Fehler zurückfallen. Wahl haben wir den 9. November gehabt, aber auch die Zeit nach dem 9. November ist gekommen. Die Zeit unter den Arbeitermassen ist deshalb so groß, weil es nicht die Reaktionär, sondern unsere Parteigenossen von oben sind, welche die

heutigen strukturellen Zustände

mit Verfolgung haben. Wenn wir zurückblicken auf das Gesamtjahr, so ist zu lauern, daß von einzelnen Genossen menschliches geleistet worden ist. Der Kampf einer Tageszeitung, die die Revolution bis zur Revolution angeht. Wir erlebten die Revolution, die hat den Wahlkampf unheimlich beeinflusst. Trotzdem ist kein Wahlkampf gefolgt. Es wurden an Flugblättern verteilt 200.000 Wahlprogramme, 400.000, zur Neuwahlwahl 1.000.000, zur Stadtverordnetenwahl 1.000.000 und zu späteren Wahlen 800.000 Stück. In diesen Zahlen liegt viel Arbeit, aber auch viel Geld. Auf dem Gebiet der Kommunalpolitik ist große Aufklärungsarbeit im Sinne des praktischen Sozialismus zu leisten, damit die neugewählten Gemeindevorstände ihre Arbeit danach einrichten können. Auch hier ist die Zeit der Kritik vorbei, wir müssen an die praktische Arbeit gehen, allerdings nicht im Sinne der Gewerkschaftsvereine, sondern in sozialistischem Sinne. Neue Ortsgruppen hatten sich gebildet bis zum 1. Januar: 7 Ortsgruppen mit 201 männlichen und 9 weiblichen Mitgliedern, bis zum 1. Februar: 20 Ortsgruppen mit 700 männlichen und 28 weiblichen Mitgliedern, bis zum 1. März: 51 Ortsgruppen mit 1540 männlichen und 210 weiblichen Mitgliedern, bis zum 31. März: 118 Ortsgruppen mit 5470 männlichen und 1573 weiblichen Mitgliedern. Der Revolutionsparteitag hat uns auch unser Revolutionsprogramm gegeben und sich damit unser Revolutionsprogramm bekannt. Unser Verstand und das zur Diskussion des Sozialismus bekannt. Unser Verstand zum Sozialismus ist nicht nur Lippenbekenntnis, sondern wir leben alle Kraft zu seiner Durchführung ein. (Lebhafte Beifälle.) Hier müssen die Genossen ihre Arbeit einstellen und von den besprochenen Methoden abgehen. Die geistige Aufklärung der Massen muß energisch betrieben werden. So können wir auch das neue Geschäftsjahr dem Auge beginnen. Auf zum Kampf, dem Sozialismus gegen! (Lebhafte Beifälle.)

Genosse Herzog gab einen Massenbericht und erwähnte dabei die unerhörten Schrecken, welche die Sozialisten mit wieder mal den Kampf aufnehmen. Unsere Mitgliederzahl sank bis zur Revolution auf 18 bis 20.000 herunter. Mit der Revolution setzte ein noch nie da gewesener Aufschwung unserer Mitgliederzahl ein. Nach Schluß des Geschäftsjahres hatten wir 66 bis 70.000 Mitglieder zu verzeichnen. Nach der letzten Feststellung liegt bis zum 15. Juni die

Zahl der Mitglieder auf 90.000.

Die Mitglieder sind und fast ohne jede Kollation angenommen. Besonders die Vertrauensmänner haben hier großes geleistet. Die Gesamtdaten bei der Gesamtlage 200.000, die Ausgaben 238.453,10 M., so daß ein Bestand von 25.753,10 M. bleibt.

Hierauf erstattete Genosse Käfer den Bericht der Propagandakommission. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, unter denen die Arbeit herangewachsen sei und über die man nur mit großer Mühe hinwegkommen sei. Man könne von einer beinahe amerikanischen Entwicklung unserer Presse reden. Heute können wir sagen, daß die Arbeit die größte sozialistische Tageszeitung der Welt sei. (Beifälle.)

Wir sind auch als erste Zeitung von der Regierung in Anklagezustand verfaßt worden, weil wir die Kolonnen als Landplage bezeichnet hatten. Auch die Kunst verdient man, indem man das Erscheinen unserer illustrierten Zeitschrift „Die freie Welt“ verhindert. Wir haben bereits eine

Anfrage von über 200.000

bei der „Freiheit“ erzielt und die Arbeit immer weiter. Die notwendig es ist, daß wir zu einer eigenen Zeitung kommen. Das bewies erst wieder der letzte Hilfskongress der Freiheit. Deshalb haben wir in den letzten Tagen eine verstärkte Propaganda für die Verlagsgenossenschaft betrieben. Wir haben bei einem solchen Empfinden des Unternehmens sind selbstverständlich. Die Kommission hatte eine Nebenarbeit zu bewilligen. (Beifälle.)

In der Diskussion wurden von mehreren Genossen Vorschläge über die redaktionelle Ausstattung und den inneren Aufbau der „Freiheit“ vorgebracht. Nach den Schlussworten des Berichterstatters wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Von der Neuwahl des Vorstandes wurde abgesehen. Es wurde ein Antrag Steinborns angenommen, der die Einweisung einer Kommission unter Beteiligung von Genossen des linken Kreises und der Propagandakommission vorschlug. Diese Kommission soll die vorgebrachten Vorschläge und Beschwerden hierauf ein längerer, außerordentlich interessanter und tieferer des Referat über die

allgemeine politische Lage.

Den Kern seiner Rede bildeten folgende Ausführungen: Wir haben vor einem neuen Ausbruch der kaiserlichen Ereignisse. Wenn die Regierung den Friedensvertrag unterschreibt, so werden wir das nur der Energie des revolutionären Proletariats und der Haltung der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit einzelnem Sinn für die Unterzeichnung des Friedens. Ein einziger Imperialismus ist damit zum Abschluß gekommen. Wir müssen den Imperialismus nicht bekämpfen, wenn wir nicht aus dem Kapitalismus befreien. Hätte sich die Sozialdemokratie im August 1914 ebenso dem Nationalismus entgegen gestellt, wie jetzt in der Friedensfrage, dann wäre der Krieg nicht ausgebrochen. Wir in Berlin haben auch damals nicht abgedankt und wir haben die Genugtuung, daß heute die unabhängige Sozialdemokratische Partei auf dem Boden steht, den wir auch nicht eine Minute verlassen haben.

Der Referent schloß an Beispielen aus der Praxis, wie die deutsche Sozialdemokratie im August 1914 und auch später Verleugert an der Internationalen geübt hat. Da kann man begriffen, was diese große Erbitterung in der ganzen Welt gegen uns heraufschickte. Dieser Krieg konnte nur beendet werden durch die Revolution. Die Revolution ist der Ausdruck dafür, daß der wirtschaftliche Unterbau der Staaten nicht mehr übereinstimmt mit dem gewaltigen Überbau. Das Ziel, welches die Revolution durchzuführen hat, ist die Wälder auf der Grundlage der sozialistischen Wirtschaft, die Wälder auf der Grundlage der sozialistischen Wirtschaft, Wirtschaft und wirtschaftlich die sozialistische Weltwirtschaft. Der längste Weg, die schwere Arbeit liegt noch vor uns. Das sollen die bedenken, denen alles nicht schnell genug geht, die

glauben, alle Wege eine neue Revolution machen zu müssen. Wir haben noch eine große Epoche revolutionärer Umwälzungen vor uns, es ist das Ziel der Revolution erreicht haben.

Die Arbeiterklasse zwingt uns, bei Ausbruch der Revolution die Macht mit den Sozialisten zu teilen, obgleich viele unter uns sich klar waren, daß mit den Sozialisten eine proletarische Revolution nicht durchgeführt werden könnte. Es kommt nicht darauf an, daß sich jemand mit der Lippe zum Sozialismus bekennt, sondern die Tat entscheidet. Redner verglich die Sozialisten mit der Kirche und zeigte die Gleichmäßigkeit der Entwicklung der Kirche mit der der Sozialisten, die beide ihren Pflichten nachschauen, und das Endziel in den Himmel verlegen oder auf unbestimmte Zeit verschieben. (Lebhafte Beifälle.) Er schilderte weiter die Maßnahmen der Regierung, die Abschneidung des Streikrechts, die Umgehung des Streikrechts und die Erlasse gegen die Landarbeiter und die Arbeiter und führte weiter aus: Es wirkt wie Hohn, daß der deutsche Arbeiter der freieste Arbeiter der Welt sein soll. Warum man uns das Streikrecht, dann leben wir

Wichtig mehr, als Sklaven

da. In Deutschland regieren die Generale und die Militärs, und die Regierung besteht nur aus Kampfmännern. (Lebhafte Beifälle.) Von Sozialisierung ist nichts zu spüren. Wie kann man sie auch durchführen in Gemeindlichkeit mit Zentrum und Demokratie? Dogmen haben wir aber die Arbeitsgemeinschaft, die ausdrücklich als Rettung der Industrie vor der drohenden Sozialisierung gegründet ist, und zwar mit der Beihilfe der führenden Gewerkschaftsmänner. Jeder Streik ist eine Schmach, die das Proletariat dem Kapitalismus liefert. Deshalb trägt jeder Streik politischen Charakter. Wir sind heute soweit, daß wir einen Militarismus haben, der stärker ist als der, der den Krieg heraufbeschworen hat. Auch die Einwohnerwehren sind nur verkleideter Militarismus. Wir lassen uns durch das Verbot eines Streiks in der stärksten Kritik jedes Militarismus nicht beeinflussen. Wir sind hart genug geworden durch all die Kämpfe, daß wir

keine Macht mehr über uns anerkennen.

Der Redner verbreitete sich weiter über die politische Verfassung der Generale und die Rücksichtnahme der Regierung auf deren besonderen Ehrenstandpunkt in der Friedensfrage. Er geht weiter die Maßnahmen zum Schutze der Freiwilligen. Durch die Haltung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist den Militärs ein großer Streich durch die Rechnung gemacht worden. Es ist uns gelungen, das Volk in seiner erdrückenden Mehrheit für unsere Parole zu gewinnen. Wir waren aber auch für den anderen Fall gerüstet. Nun ist der Friede unterschrieben. Die Militärs schlagen jetzt eine andere Taktik ein, wir müssen uns auch darüber klar werden. Sie verlegen sich jetzt auf die Taktik der Furcht. Man will die Arbeiterschaft nervös machen, um sie zu vorzeitigem Rückzug zu bewegen. Wir müssen es uns vorbehalten, unseren Kampf selbst zu bestimmen, ebenfalls den Zeitpunkt und der ist augenblicklich nicht gegeben. Wir müssen der Regierung noch eine gewisse Gabe geben, in der sie zu beweisen hat, was sie schaffen kann und will. Dann ist es Zeit einzugehen mit Maßnahmen, die sich aus der Situation ergeben. Die beste Taktik ist in diesem Augenblick gegenüber allen Feinden eine ruhige Ruhe zu bewahren. Wir bestimmen, wenn wir kämpfen, wenn wir eine Schlacht schlagen wollen. In dieser Frage besteht völlige Übereinstimmung zwischen sämtlichen Organisationen und allen revolutionären Arbeitern überhaupt. (Lebhafte Beifälle.) Deshalb schloß wir über nicht, wir sind auf dem Posten. Tritt die Situation ein, die uns zum Handeln zwingt, dann werden wir unsere Maßnahmen treffen. Wir wollen die proletarische Diktatur, wir wollen das Rätelstein. Offen und entschieden müssen wir diese Forderung in den Mittelpunkt der Agitation stellen. Aber die Mehrheit des Proletariats muß auf unsterblichen Boden stehen. Die Zeiten sind vorbei, wo eine Minderheit durch Terror die Gewalt an sich reißen konnte. Bevor wir nicht die Mehrheit des Proletariats für uns gewonnen haben, können wir die Macht nicht halten. Und noch einmal mit den Sozialisten eine Revolution zu bilden, ist für uns unmöglich. Wenn die Proletarierarmee noch nicht in den Kampf tritt, dann wird der Tag kommen, wo das Proletariat sein Haupt erheben und seine Forderungen stellen. Wo der Weg frei ist für den Sozialismus. (Langanhaltender beifälliger Beifall.)

Die Versammlung beschloß das Referat einstimmig drucken zu lassen und als Broschüre zur weitesten Verbreitung zu bringen. Die weiteren Verhandlungen wendeten sich insbesondere um Reorganisationsfragen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 20. Juni 1918 in den Germania-Sälen tagende Generalversammlung Groß-Berlins spricht nachdrücklich dem Genossen Lebesauer für sein tapferes und ehrenhaftes Auftreten in seinem Trauer im Interesse des revolutionären Proletariats der ganzen Welt seinen Dank aus. Die Generalversammlung spricht auch allen Genossen im Werke für ihren Kampf im Interesse der Revolution ihre herzlichste Sympathie aus und sendet allen ihren Brudergruß.“

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde eine Resolution, welche sich gegen den Roskeelich wendet und die sofortige Aufhebung des Besatzungszustandes, die Wiedereinführung der Pressefreiheit und Amnestie für alle politischen Inhaftierten fordert.

Gewerkschaftliches.

Zur Bewegung der Straßenbahner.

Die Straßenbahner hielten in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Gewerkschaftshaus eine Nachversammlung ab, in der die Kommission Bericht über den Stand der Dinge erstattete. Es soll in den Parteien abgestimmt werden, ob am 1. Juli in den Streik eingetreten werden soll. Empörung herrschte allseitig auch über den Roskeelich.

Im wesentlichen handelt es sich um die Forderung der Entschuldigungsfrage, auf deren Zahlung die Angestellten bestehen. Die ganze Bewegung fällt in einen Zeitpunkt, in dem der Zweckerbund das Unternehmen erwerben will. Am heutigen Montage wird der Zweckerbund Beschluß fassen über die Übernahme der Bahn. Die Straßenbahner begreifen diesen Beschluß, es ist ihnen unklar, daß ihre Bezüge ihnen gesichert werden. Das ist auch selbstverständlich. Es fragt sich jetzt, wer soll die Entschuldigungsfrage bezahlen? Der Zweckerbund wird erklären, er könne keine Entschuldigungsfrage zahlen für eine weit zurückliegenden Zeit, und die Straßenbahner, die das Unternehmen abkündigen, wird sehen, wie sie sich drücken kann. Die Situation ist für die Anhänger der Kommunalisierung, für den Zweckerbund und für die Straßenbahnangehörigen zur Zeit keine angenehme. In der Zweckerbundversammlung will Herr Höberland sofort eine Erhöhung des Tarifs beantragen, weil die Stadt Mehraufgaben habe und auch Einnahmen haben müsse. In Wirtschaftlich er läuft sein Streben auf eine Diskretisierung der Kommunalisierungsbefreiungen hinaus. Es wird abzuwarten sein, wie die Angestellten votieren.

Angestellte der Pulverfabrik Spandau Betriebsversammlung heute nachmittags 4 Uhr, bei Weidner in Sternfeld.

Verbandsversammlung der Buchbinder. Der Sturmhauf der E. P. D. und Roth-Deute gegen die Opposition im Buchbinderverband hat diesen eine glänzende Niederlage gebracht. Bei der gestrigen Urabstimmung wurden sämtliche von der Opposition auf-

gestellten Kandidaten gestrichelt, 29 an der Zahl. Das Stimmverhältnis der Gewählten ist: der 1. Kandidat erhielt 4598, der 2. Kandidat 3470 Stimmen. Von der durchgefallenen Liste der E. P. D. und Roth-Deute erhielt der 1. Kandidat 1554, der letzte 1231 Stimmen.

Groß-Berlin.

Achtung! Arbeiterräte der U. S. V. D.

Die Fraktionsführung der Arbeiterräte findet nicht, wie gestern angegeben, um 9 Uhr früh in den Germania-Sälen, sondern heute nachmittags um 1/2 4 Uhr in den Sophien-Sälen, Lindenstraße, statt.

Der Fraktionsvorstand,
F. A. G. Stahlberg.

Spiegelarbeit.

Der „Vorwärts“ wendet sich in seiner Sonnabendnummer unter der Spitzmarke: Epibellenende gegen den Genossen Matzahn, der gelegentlich der letzten Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte auf die Veränderungen in Neudölln hingewiesen hatte, die das Anzeichen von Spiegelarbeit trügen. In seiner Sonntagnummer veröffentlicht derselbe „Vorwärts“ folgende Notiz:

„In den Veränderungen in Seidberg wird und geschieht, daß ein gut angelegener „Herr“ nach der Wiedereinnahme einiger Wälder die Parole ausgegeben habe: „Nun hinüber zu Seidberg!“, die auch sogleich befolgt wurde.“

Das ist nur ein weiterer Beitrag zur Behauptung des Genossen Matzahn, und deshalb ist erneute Vorsicht geboten, auch wenn der „Vorwärts“ den Kopf in den Sand stecken will.

Am die falsche Adresse wandte sich am Donnerstag vormittag ein Mann, der an einen Gemütwagen in der Reindendorfer Straße, Ecke Schererstraße herantrat, um einige Vollen zu kaufen. Weil die Preise für die Vollen ihm zu hoch waren, kam es bald zu einem erregten Wortwechsel zwischen Käufer und Verkäuferin, in deren Verlauf der Käufer die Verkäuferin mit Backstein traktierte und sie ins Gesicht schlug. Das war dem umstehenden Publikum zu stark, daß sie gegen den provozierenden Käufer sehr erregte; der herbeigerufene Mann der Verkäuferin schützte seine Frau und es kam zu einer regelrechten Schlägerei, bei der der so labial vorgehende Käufer sehr leicht abkammt, so daß er die Unfallsituation aufsuchen mußte. Nun verbreitete sich das Gerücht, der Käufer sei totgeschlagen worden und das Ende war, daß den Hinterbliebenen, die in der Reindendorfer Straße 78 ein Geschäft haben, der Laden demoliert wurde. Es heißt sogar, der Erschlagene sei Familienvater mit 7 Kindern. Das stimmt nicht, er ist lebendig. Die Erbitterung über die hohen Preise sollte nicht gegen diejenigen richten, die daran unschuldig sind. Vorsicht sollte aber Jeder über gegen die Provokateure, die heute allenthalben in Erscheinung treten und die Erbitterung der breiten Massen zu unläuterer Juxten benutzen wollen.

Am Raubmord in der Redstraße wird berichtet, daß einer der Räuber des 70 Jahre alten Volckers Gedon aus der Redstraße 46 am Sonnabend nachmittags in der Berlin des 45 Jahre alten früheren Postboten-Artisten Wilhelm Wilhelm Gerken auf Essen am Bahnhof Friederichstraße ermordet und festgenommen wurde. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß bei dem Raubmord drei Personen beteiligt waren, nämlich zwei Männer, Gerken, der 10 Jahre alt, aus Seidberg-Gebiet gebürtig, Soldat Wilhelm Reil mit dem Spitznamen der Wärdemörder und Gerken's Geliebte, ein Straßenputzfrau, namens Friede Friede.

Altenberg. Die Lebensstunden des Pfälzermarschall Lorenz sind jetzt jeden Montag von 10 Uhr im Nachmittags in der Parkanlage statt. Anmeldungen werden dorther entgegen genommen.

Jugend-Vertrauensleute in den Betrieben und Arbeiterräte der Hoch- und Fortbildungsschulen heute, Montag, abends von 6-8 Uhr muß jeder erscheinen.

Freie sozialistische Jugend! Jede Ortsgruppe muß heute Montag zu 8 Uhr einen Bericht über die Arbeit der Ortsgruppe an der Zentral-Vorbereitung einbringen lassen.

Kleinrentner-Verein Der Bes- und Diebstahlsabend findet nicht Montag, sondern Dienstag den 1. Juli, 7 1/2 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindeschule, Ant. Montag, den 20. Juni, 8 Uhr abends, Sitzung aller Funktionäre und Kommissionen der Gesamten Schilffeldstraße 34. Der Vortrag der Freien Hochschule findet nicht statt. Die Begrüßung.

Städtische Sozialdemokratische Arbeitervereine „Dard“, Fortsetzung der Mitgliederversammlung Montag, den 20. Juni, 8 Uhr abends, in demselben Lokal (Sophienstr. 15, Turnhalle).

Lebensmittelförderer.

Berlin-Tropfen verteilt außer den üblichen 100 Gramm Getreide auf Abschnitt 27 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 100 Gramm Mehl auf Abschnitt 28 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 250 Gramm Kartoffeln auf Abschnitt 29 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 100 Gramm Hülsenfrüchten auf Abschnitt A 1 der Lebensmittelkarte für Monat Juli für Kinder im 1. Lebensjahre, 1000 Gramm Hülsenfrüchten auf Abschnitt A 11 der Lebensmittelkarte für Monat Juli für Kinder im 2. Lebensjahre, 1 Dose amerikanische Konservenfleisch auf besondere Verfügung für Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1918 bis 1. Juli 1919 geboren sind; 50 Gramm Drallsaft auf Abschnitt U 7 der Einfuhr-Zollkarte. Wärdemörder leben zum 1. Juli in allen einschlägigen Geschäften: Backwaren und Drallsaft. Je nach der Anlieferung werden auf Abschnitt 18 der Tropfen Lebensmittelkarte 4 Pfund Rindfleisch verteilt, der Verkauf der frischen Fische erfolgt infolge der reichlichen Zufuhren und mit Rücksicht auf die warme Jahreszeit ohne Kartons.

Reindendorf. Es entfallen auf Abschnitt 25 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Wärmeloh aus Preis von 25 Pf. und auf Abschnitt 26 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Suppenpulver zum Preis von 20 Pf. Auf Abschnitt 28 der Einfuhr-Zollkarte entfallen 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preis von 1,10 M. Die Anmeldungen müssen bis einschließlich Mittwoch, den 2. Juli, bei den hiesigen Kaufleuten erfolgen. Die Karte wird vom Freitag, den 4. Juli, ab, ausgegeben. — Am Freitag, den 4. Juli, gelangt beim Schlichtermesse Gustav Schäfer, Weinböhmerstraße, für Kinder im 12. und 14. Lebensjahre sowie an werdende Mütter vom 3. Monat ab, inländischer Speck zur Ausgabe. Bezugsschein sind bis einschließlich Mittwoch, den 2. Juli, im Gemeindebüro V zu lösen.

Tempelhofer Höhe vom 20. Juni bis 6. Juli Speldekarte, Kartoffeln und Fleisch wie gewöhnlich. — Verkauf von 100 Gramm ukrainisches Mehl auf Abschnitt 20 der Lebensmittelkarte des Reiches Teltow, Pfund 1,50 M. Anmeldung von 500 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 27, 100 Gramm Suppen auf Abschnitt 28, 250 Gramm Suppen auf Abschnitt 29, 250 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 40, 250 Gramm Sojabohnen auf Abschnitt 41, 500 Gramm Suppen auf Abschnitt 42, 500 Gramm Getreide oder Hülsenfrüchten auf Abschnitt 43 der Lebensmittelkarte des Reiches Teltow, 100 Gramm Hülsenfrüchten auf Abschnitt 37 u. 1 Paket Zwieback auf Abschnitt 38 der Lebensmittelkarte J. Jugendl. — Verkauf von 250 Gramm inländischer Speck auf Abschnitt K 1 der Sonderlebensmittelkarte für Kinder, Serie XIII, und 250 Gramm für Kinder und werdende Mütter auf besonderen Anweisung der Krankenversicherungskasse. Dieser Verkauf findet statt bei den Schlichtermesse Gustav Schäfer, Weinböhmerstraße, am Freitag, den 4. Juli, um 1/2 Pfund frische Fische auf Abschnitt 27 und 1/2 Pfund Rindfleisch auf Abschnitt 28 der Lebensmittelkarte der Gemeinde.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kabsch, Berlin. — Verlagsvertragsverhältnisse „Freiheit“, e. S. m. b. H., Berlin. — Druck der Pankowdrucker und Verlagsvertragsverhältnisse m. b. H., Schiffbauerdamm 15.

